

# Präsident Trump?



© Martin Bangemann

*Es ist an der Zeit, sich in Deutschland und Europa an den Gedanken zu gewöhnen, dass man es möglicherweise ab 2017 für vier Jahre mit einem US-Präsidenten Donald Trump zu tun haben könnte. Man sollte es aber dabei vermeiden, von einem Modus des unglaublichen Staunens und der überheblichen Verachtung für den politischen Aufstieg eines, vornehm ausgedrückt, Halbgebildeten mit einem manchmal an einen Clown erinnernden Auftreten nun in haltlose Panik zu verfallen, als sei der Untergang der westlichen Welt vorprogrammiert.*

Zum einen sind die USA mit ihrem Netzwerk von formalen und, viel wirkungsvoller, informellen „checks and balances“ ein viel zu gefestigtes politisches System, als dass selbst ein Kraftmeier wie Donald Trump sich als Präsident wie ein Sheriff in einem Außenposten des Wilden Westens verhalten könnte. Zum anderen sollte uns das Beispiel Ronald Reagan beruhigen, der, ebenfalls von allzu viel politischer Bildung unbeleckt, nichtsdestoweniger von dem Heer seiner politischen Berater auf eine moderate Linie gebracht wurde. Natürlich würde Donald Trump genau wie Ronald Reagan der amerikanischen Politik seinen Stempel aufdrücken und damit die politische Entwicklung weltweit beeinflussen. Das größte Unglück für die USA wäre aber weniger auf außenpolitischem Gebiet zu erwarten, sondern innen- und gesellschaftspolitisch, und hier vor allem in der Tatsache, dass auf absehbare Zeit

die Chance verpasst würde, die Zusammensetzung des Supreme Court zu liberalisieren, der in der Vergangenheit mit seiner knappen 5 zu 4 Mehrheit die Balance in der amerikanischen Gesellschaft fundamental verändert hat.

## Was sind die Gründe, die einen Sieg von Donald Trump bei der Präsidentschaftswahl möglich erscheinen lassen?

Ich bekenne freimütig, dass ich, obwohl langjähriger intensiver Beobachter der amerikanischen Szene, anfänglich die Möglichkeit einer auch nur marginalen Bedeutung der Kandidatur Donald Trumps ausgeschlossen hatte. Ich befand mich dabei allerdings in der guten Gesellschaft nicht nur der meisten politisch Interessierten, sondern auch aller Experten. Es schien mir undenkbar, dass jemand, der in derart verletzender Weise ein Riesenwählerpotential – die Latinos – vor den Kopf stößt, bei einer Wahl, in der diese Minderheit eine immer größere Rolle spielt (wie die letzten Wahlen zugunsten Obamas gezeigt haben), eine realistische Chance auch nur auf die Nominierung durch eine Partei, geschweige denn, auf den Wahlsieg haben könnte. Mein Fehler und der vieler anderer bis heute war, dass ich in den Kategorien der Vergangenheit dachte, die natürlich weiterhin Bedeutung haben, aber überlagert werden von einem Szenario, das Trump, in einer unglaublichen Einzelleistung, zu einem beherrschenden Thema für das Wahlvolk gemacht hat: die Angst vor dem sozialen Abstieg, verbunden mit der Frustration

Werner Peters

über die schwindende Bedeutung der USA, sowie das Versprechen, im Stile eines Westernhelden all den bösen Kräften, die diese Entwicklung verursacht haben und weiter betreiben, mit eiserner Entschlossenheit und einer geradezu magischen Kraft seiner Person ein Ende zu bereiten.

Die Gründe für die gestiegenen Erfolgsaussichten sind zweifacher Art: zum einen sozusagen wahlarithmetische Faktoren, die in dem System liegen, mit dem in den USA seit über 200 Jahren Präsidenten gekürt werden, zum anderen liegen sie in der Person des Kandidaten, wie er sich dem Wahlvolk präsentiert, und in der Botschaft, die Donald Trump aussendet und die ganz offensichtlich Resonanz bei der Bevölkerung findet – in welchem Umfang, wird erst der Wahlausgang zeigen.

## Das Wahlsystem in den USA

Wir erinnern uns an die Präsidentschaftswahl 2000: Obwohl der demokratische Kandidat Al Gore die Mehrheit der Wähler bundesweit auf sich vereinen konnte, wurde George W. Bush als Präsident bestimmt, als ihm durch einen parteiischen Spruch des Obersten Gerichtshofs die Mehrheit der Stimmen im Bundesstaat Florida zuerkannt und damit die damals 25 Stimmen dieses Staates im Wahlmännergremium für Bush gezählt wurden. Das ergab in dem für die Wahl des Präsidenten entscheidenden Gremium eine Mehrheit für den republikanischen Kandidaten. Denn nicht der Kandidat mit den meisten Wählerstimmen wird gewählt, sondern der, dem es gelingt, die meisten Wahlmänner auf sich zu vereinen. Diese Wahlmänner treten zwar weiterhin formal zusammen und geben ihre Stimmen ab, sind aber – zwar nicht legal, aber nach ungeschriebener Tradition – an das Ergebnis in ihrem jeweiligen Staat gebunden. Jeder Staat entsendet so viele Wahlmänner in dieses Gremium (oder besser gesagt: hat so viel Gewicht in diesem Gremium), wie er Vertreter im Kongress, also Senatoren und Mitglieder des Repräsentantenhauses hat. Das Minimum sind drei Stimmen,

nämlich die zwei Senatoren, die jedem Staat zustehen, und der eine Abgeordnete des Repräsentantenhauses, der ebenfalls jedem Staat zusteht, auch wenn seine Bevölkerungszahl rechnerisch nicht ausreichen würde, im Repräsentantenhaus vertreten zu sein. Denn die Zahl der Mitglieder dieser Kammer des Kongresses ist auf 435 festgelegt und wird alle zehn Jahre nach einem Zensus erneut proportional auf die Einzelstaaten verteilt, wodurch sich immer wieder leichte bis größere Verschiebungen ergeben. So hat zum Beispiel Texas vier zusätzliche Abgeordnetenwahlkreise bekommen, Florida zwei, und der Staat New York zwei verloren.

Daraus folgt, dass Staaten wie Kalifornien, New York oder Texas mit annähernd bzw. über 50 Kongressmitgliedern ein ungeheures Gewicht im Wahlmännergremium haben, während andere wie Idaho, Alaska oder Delaware mit jeweils drei Stimmen zu vernachlässigen sind.

In letzter Zeit ist noch eine weitere Entwicklung eingetreten, die für die Wahlkampfstrategie und den Ausgang der Wahl entscheidende Bedeutung gewonnen hat. Zum einen durch demographische Veränderungen (z. B. Erhöhung des Anteils von Minderheiten, insbesondere Latinos), aber in stärkerem Maße bedingt durch die zunehmende politische Polarisierung des Landes haben sich Blocks von demokratischen und republikanischen Staaten gebildet, in denen es sich für die Gegenseite nicht lohnt, Wahlkampf zu betreiben, weil sie diese Staaten und deren Stimmen sowieso verloren geben müssen. Denn nach dem Prinzip „*winner takes all*“ (das außer in zwei kleinen Staaten gilt) werden alle Wahlmännerstimmen dem Gewinner zugewiesen, auch wenn er den Staat nur mit einer hauchdünnen Mehrheit (wie seinerzeit George Bush in Florida) für sich gewonnen hat.

In den letzten Jahren hat diese Entwicklung vor allem die Demokraten begünstigt. Mit Kalifornien und New York im Rücken, die allein bereits annähernd 100 der 538 Wahlmännerstimmen mit sich bringen, hatten die Demokraten zusammen mit den anderen ganz oder nahezu sicheren Staaten ein großes Übergewicht im Wahlmännergremium. Es gibt überhaupt nur noch wenige Staaten, die nach beiden Seiten ausschlagen kön-

nen und um die natürlich erbittert gekämpft wird, die sogenannten „*swing states*“ oder – martialischer – „*battle-ground states*“. Nach einer Analyse der verlässlich recherchierenden Zeitung Politico sollen es für 2016 folgende Staaten sein: Ohio, Florida, Virginia, Iowa, Colorado, Nevada, New Hampshire. Es sind dieselben wie 2012, wo noch North Carolina dazu gezählt wurde, der einzige „*swing state*“, den Obama beim zweiten Mal nicht gewinnen konnte und der nach Ansicht von Politico momentan jedenfalls von den Demokraten aufzugeben ist. (Man hatte damals auch noch Wisconsin, einen grundsätzlich demokratisch geneigten Staat, zu den unsicheren Staaten gezählt, aber nur, weil der damalige republikanische Vizepräsidentkandidat Paul Ryan in Wisconsin verankert war).

Wenn man sich einmal auf die Analyse von Politico einlässt, dann sieht es so aus, dass die Demokraten aus sicheren und nahezu sicheren Staaten mit 247 Wahlmännerstimmen bereits nahe an die magische Zahl von 270 Stimmen herankommen. Gelänge der demokratischen Kandidatin z. B. der große Fisch Florida mit 29 weiteren Stimmen, so wäre sie bereits damit allein über den Berg. Aber auch Virginia mit dreizehn, Colorado mit neun und Nevada mit sechs Stimmen bringen sie über die Runden.

Der republikanische Kandidat, wer immer es sei, kämpft dagegen, wie die Amerikaner sagen, eine „*uphill battle*“. Er startet, wenn wir North Carolina dazu nehmen, mit 206 Stimmen, braucht also weitere 64 Stimmen aus dem unentschiedenen Lager (und/oder er muss einige Brocken aus dem demokratischen Block herauslösen). Die besten Chancen dürften die Republikaner in Florida (immerhin 29 Stimmen), Ohio und Iowa (weitere 24 Stimmen) haben. Gelänge ihnen dann noch der Sieg in Virginia oder in Colorado und New Hampshire, dann könnten auch sie über die Hürde springen.

### Authentisch und „*politically incorrect*“

Die Wahl ist also keineswegs gelauten. Es hängt alles davon ab, wie sich die Wählerschaft bis zur Wahl Anfang November politisch orientiert, welche Themen für sie wichtig sind und wie die Kandidaten diese aufgreifen und sich zu

ihnen stellen. Grundsätzlich sind Zweifel angesagt, ob die Blöcke heute noch so stabil sind, insbesondere der demokratische Block, angesichts der durch Trump und Bernie Sanders stark veränderten, „auf Krawall gebürsteten“ Stimmung (man verzeihe den Ausdruck, aber er trifft die Lage) der amerikanischen Wählerschaft. Nehmen wir trotzdem an, die Lager sind in etwa so geblieben wie 2012, so ist dennoch die Ausgangslage für einen Kandidaten Trump deutlich günstiger als seinerzeit für Mitt Romney.

Hier kommt nun der zweite Faktor, Person und Botschaft des Kandidaten, ins Spiel. Schauen wir zunächst auf Donald Trump als Mensch, als Wahlkämpfer, als Politiker. Man mag zu seinen teils haarsträubenden Äußerungen, Gemeinheiten, Dummheiten, Aufschneidereien stehen, wie man will, eines kann man ihm nicht absprechen: er wirkt authentisch. Er redet, was er denkt, und spielt keine Rolle. Authentizität ist im derzeitigen Politikbetrieb mit seiner Flut von hohlen Phrasen ein eher seltenes Phänomen und ist sicherlich einer der Gründe für die teilweise frenetische Zustimmung, die Trump bei seinen Wahlkampfauftritten erfährt. (Auf der anderen Seite des politischen Spektrums war Authentizität ja auch eines der Erfolgsgeheimnisse des bekennenden Sozialisten Bernie Sanders im demokratischen Vorwahlkampf, mit dem er sich von der als trickreich und wetterwendisch empfundenen Hillary Clinton absetzte). Es ist erstaunlich, dass Trump trotz seiner zum Teil abstoßenden Äußerungen über Frauen allgemein und solche in der Politik im Besonderen sich eine vielleicht kleine, aber engagierte und artikulierte Gefolgschaft vor allem unter jüngeren Frauen hat schaffen können.

Das hängt damit zusammen, und damit kommen wir zu dem zweiten Aspekt, der Botschaft des Kandidaten, dass Trump Themen anspricht, die übersehen werden oder, soweit man sie wahrnimmt, als „*politically incorrect*“ abgewertet werden. Es gibt inzwischen insbesondere bei jungen Frauen schon einen backlash gegen die politische Forderung, dass Frauen als Benachteiligte der besonderen Fürsorge des Staates bedürfen. Sie lehnen es ab, sich als Opfer zu fühlen, denen geholfen werden muss. Ihnen gefällt die Grundhaltung von Trump, aus eigener Initiative und Energie erfolgreich zu sein.

Eine andere Wählergruppe, die Trump sich mit seinen Entgleisungen verärgert hat, sind die Latinos. Wie stark ihm das geschadet hat, sodass er etwa in den „battle states“ Colorado und Nevada sich selbst um den Sieg gebracht haben könnte, bleibt abzuwarten. Es sind noch vier Monate bis zu den Wahlen, und Trump hat schon eine Charme-Offensive gestartet („Ich mag Mexikaner“. „Ich arbeite gerne mit ihnen zusammen“. Im Übrigen auch: „Ich mag Frauen“). Nicht auszuschließen ist auch, dass Trump heimliche Sympathien für seinen Vorschlag, die Grenzen zu Mexico zu barrikadieren, bei Latinos genießt, die es inzwischen geschafft haben, Fuß zu fassen in den USA, und die befürchten müssen, dass die neuen Immigranten mit ihnen um die Arbeitsplätze konkurrieren.

Den entscheidenden Erfolg, wenn er ihn denn erringt, wird Trump seiner Botschaft von den „verlorenen Jobs“ in Amerika (und, etwas abgeschwächt, der verlorenen Größe der USA) zu verdanken haben. Es ist ihm gelungen, die politische Agenda neu zu bestimmen. Mit der These von den durch die Öffnung der Grenzen in den Fabriken verlorenen, gut bezahlten Arbeitsplätzen hat er ein Thema in die Diskussion gebracht, das in der etablierten Politik als abgehakt galt. Es wird interessant sein zu sehen, ob sich Hillary Clinton dieser Diskussion stellt, bei der sie nur verlieren kann. Denn zum einen hat Trump ja nicht ganz Unrecht mit der Behauptung, man habe die hiesige Industrie auf dem Altar der Globalisierung geopfert. Vor allem aber wird er sich nicht auf eine seriöse Auseinandersetzung über die Vor- und Nachteile eines freien Welthandels einlassen – weil er dazu auch gar nicht in der Lage ist –, sondern er wird steif und fest behaupten, er werde die „Jobs“ zurückholen. Man wird sehen, wie viele Wähler dieses völlig irrealen Versprechen glauben. Die Resonanz bei den republikanischen Vorwahlen und auch in den bundesweiten Umfragen zeigt, dass es mehr sind, als man glauben möchte, weil die Menschen eben gerne das glauben, was sie glauben möchten.

## Angst vor dem sozialen Abstieg kann wahlentscheidend sein



Der eigentliche Grund für diesen Glauben an den Heilsbringer Trump ist die tief in das amerikanische Wahlvolk –

und damit meine ich die politisch interessierte und aktive Mittelschicht – hineingekrochene Angst vor dem sozialen Abstieg, verbunden mit dem über Jahrzehnte gewachsenen Gefühl, dass der Politikbetrieb in Washington und auch anderswo im Lande nicht nur dysfunktional, sondern auch zutiefst korrupt ist. Auch hier kann der Kandidat punkten. Mag er auch als Unternehmer keine ganz reine Weste haben, so ist er doch politisch unbelastet, der Außenseiter, der mit dem etablierten Politikbetrieb nichts zu tun hatte und auch nichts zu tun haben will. Er ist auch finanziell unabhängig, was man von den anderen Kandidaten nicht sagen kann, die ihren Wahlkampf zum Teil von „Big Money“ mit dessen Spezialinteressen finanziert bekommen. Trump kann auch, ohne sich verbiegen zu müssen, seine Kampagne gegen den Freihandel und die Globalisierung führen. Er hat sein Geld im Wesentlichen im Lande gemacht, und er ist auch, wenn man so will, auf dem Boden geblieben, indem er im „real estate“ gewirtschaftet hat. Er kann es sich leisten, auf Abstand zur Wall Street zu bleiben, und zwar nicht nur praktisch, sondern auch politisch, indem er sich nicht beteiligt an der durch diese eingeleiteten Finanzialisierung der Wirtschaft, die dabei ist, die Weltwirtschaft in die nächste Krise zu steuern und die Gesellschaft weiter zu destabilisieren.

Ich bin weit davon entfernt zu behaupten, dass Hillary Clinton nicht auch eine gute Chance hat, Donald Trump zu schlagen, aber sie ist verwundbar, sowohl als Person wie bei den Themen, die Trump ins Spiel bringt. In einem Interview Ende April hat der ehemalige Mit-Kandidat Jeb Bush düster davor gewarnt, dass eine Nominierung Donald Trumps zum Kandidaten der Republikaner einen Erdrutschsieg („landslide victory“) der Demokraten bedeuten würde. Nun hat bei den letzten beiden Wahlen Obama, weil er fast alle „swing states“ gewinnen konnte, eine überwältigende Mehrheit der Wahlmännerstimmen (um 360 zu 170) auf sich vereinigen können. Trotzdem hat keiner von einem Erdrutschsieg gesprochen. Einen solchen hat es 1972 und 1984 gegeben, als Präsident Nixon resp. Präsident Reagan bei ihrer Wiederwahl fast alle Bundesstaaten für sich gewinnen konnten. Glaubt Jeb Bush wirklich, dass bei einer Konfrontation zwischen Trump und Clinton die „hard-core“-konservativen Staaten von Alaska über Oklahoma

und Texas bis Wyoming zu Hillary Clinton überlaufen werden? Das Gegenteil wird der Fall sein. Der Polarisierer und Radikal-Rhetoriker wird die republikanische Basis aufputschen und an die Wahlen bringen. Wir können also davon ausgehen, dass der Block der sogenannten „red states“ mit ca. 200 Wahlmännerstimmen steht (vielleicht mit Ausnahme von Arkansas, wo Hillary Clinton möglicherweise als „native daughter“ einen Bonus einfahren könnte).

Wir haben schon ausgeführt, dass die Chancen der Republikaner, die erforderlichen zusätzlichen Stimmen zu gewinnen, nicht günstig sind, aber auch nicht aussichtslos. Wenn Trump „smart“ ist – und das ist er zweifellos – wird er seinen ehemaligen Rivalen John Kasich, den Gouverneur von Ohio, zum Vizekandidaten wählen lassen und damit den Staat Ohio und dessen 19 Wahlmännerstimmen automatisch auf seiner Seite haben. Über die Aussichten der Republikaner bei den anderen „swing states“ haben wir schon gesprochen.

Bei diesen ganzen Überlegungen gehen wir davon aus, dass die Wählerkonstellationen, wie sie sich bei den letzten beiden Wahlen herausgebildet haben, konstant geblieben sind. Dies ist aber keineswegs gesichert. Während ich davon überzeugt bin, dass Hillary Clinton keine Chance hat, in den konservativen Block der „roten“ Staaten einzudringen (von Arkansas eventuell abgesehen; siehe oben), sehe ich diese Festigkeit bei den „blauen“ (= den Demokraten zugeneigten) Staaten, insbesondere im Mittleren Westen, dem „rust belt“ genannten ehemaligen industriellen Herzland der USA, keineswegs. Wir haben nach gängiger Meinung Pennsylvania mit seinen zwanzig Stimmen zu den sicheren demokratischen Staaten gezählt. Wer das Buch von George Packer „Die Abwicklung“ gelesen hat, der weiß, ohne persönlich dagewesen zu sein, um die physischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und emotionalen Verwüstungen, die der radikale Abbau der Industrie im Zuge des Freihandelsabkommens NAFTA im Mittleren Westens hinterlassen hat. Auch wenn Trumps Versprechen, die Arbeitsplätze zurückzubringen, illusionär und verlogen ist und die Menschen das im Grunde wohl wissen, so kommt doch die schneidende Anklage gegen diesen „Ausverkauf“ Amerikas und das Aufwühlen

der Ressentiments gegen die angeblich Schuldigen sehr gut an, wie sich an der Resonanz bei seinen Auftritten in Pennsylvania und den Stimmengewinnen bei den dortigen Vorwahlen aufweisen lässt. Aufgrund der für ihn vermutlich selbst überraschenden Resonanz auf seine Botschaft hat Trump auch den ähnlich gebeutelten Staat Michigan ins Visier genommen, dessen Autoindustrie zwar gerade dabei ist, sich von ihrem katastrophalen Niedergang zu erholen, aber niemals an die goldenen Zeiten vor der Liberalisierung des Marktes wird anknüpfen können.

## Die Mobilisierung von Nichtwählern



Zum Schluss sei noch ein Aspekt erwähnt, den ich das AfD-Phänomen nennen möchte, die Mobilisierung bisheriger Nichtwähler. So wie die Demokraten, besonders seit Obama, systematisch daran gearbeitet haben, die mit ihnen sympathisierenden Mitglieder der amerikanischen Unterschicht (Schwarze, Latinos und andere gesellschaftlich benachteiligte Gruppen) dazu zu bewegen, sich an Wahlen zu beteiligen, und damit den entscheidenden Durchbruch zur Mehrheit bei den Präsidentschaftswahlen geschafft haben, so könnte ein Kandidat Trump vor allem mit seinem Appell an die Ressentiments der unteren Mittelschicht diese bisher passiven Bürger dazu bringen, ihrem Ärger an der Wahlurne Luft zu machen. Exakt das haben wir bei den letzten Landtagswahlen in Deutschland erlebt. Der Erfolg der rechtspopulistischen AfD ist zum großen Teil der Tatsache zuzurechnen, dass sie Menschen, die sich bisher der Teilnahme an Wahlen verweigert haben, weil sie für sich persönlich sich nichts von der Politik versprechen, dazu bewegen konnte, zumindest ihren Protest gegen die etablierte Politik unübersehbar bekannt zu machen. Ein ähnliches Phänomen könnte im November 2016 in den USA zu beobachten sein und den Wahlausgang entscheidend beeinflussen.

Wenn es tatsächlich zu dem hier als Möglichkeit skizzierten Wahlsieg Donald Trumps kommt, wie sollten wir das bewerten? Wir haben schon anfangs gesagt, dass ein US-Präsident Trump kein grundstürzendes Ereignis sein wird und nicht den Untergang des Abendlands einläutet. Natürlich werden wir Europäer uns zurücksehnen nach dem kühlen,

seriösen, intelligenten und empathischen Obama, aber wir haben acht Jahre Präsidentschaft von George W. Bush überstanden und werden auch vier oder acht Jahre Donald Trump überleben. Natürlich können die Folgen einer irrationalen und entweder isolationistischen oder hyper-interventionistischen Politik auch auf Europa Auswirkungen haben, so wie wir noch heute und vielleicht auf viele Jahre hinaus unter den Fehlern der Bush'schen Außenpolitik zu leiden haben, aber den größten Schaden werden die USA selber zu tragen haben, weil sich die Gesellschaft unter einem Präsidenten Trump nicht weiter entwickeln wird, sondern in ihrem Konservatismus erstarbt, der die schon jetzt nahezu unhaltbaren sozialen Spannungen ausblendet. Es wäre eine bittere Tragödie für das amerikanische Volk, wenn die Demokraten die historische Chance verpassen würden, den tödlichen Griff der konservativen Mehrheit im Obersten Gerichtshof zu brechen, der die Modernisierung und den Fortschritt der amerikanischen Gesellschaft verhindert.

Interessanter als die Spekulation über die zukünftige Entwicklung der USA unter der eventuellen Präsidentschaft Donald Trumps wäre die Diskussion, wie man dieses sensationelle Ereignis bewertet, dass ein politisch ignoranter Außenseiter, der alle Regeln der „*political correctness*“ verletzt und nur seinen wirren, oft megalomanen Instinkten folgt, gegen den Widerstand des politischen Establishments die Krone der amerikanischen Politik erringen kann. Nun hat ja auch schon der Aufstieg Obamas gezeigt, dass in den USA Unerhörtes möglich ist. Aber Obama hat sich an die Regeln gehalten, ja, er hat souverän mit ihnen gespielt und sie genutzt. Anders Trump.

Ich würde eine eventuelle Wahl Donald Trumps zum Präsidenten als Einbruch der Popkultur in die Politik bezeichnen, und ich meine das ohne Ironie. Die Popkultur ist ein durch und durch amerikanisches Gewächs, auch wenn sie sich überall auf der Welt durchgesetzt hat. Man könnte sagen, sie wird in den USA immer wieder neu erfunden und jetzt eventuell auf dem Gebiet der Politik. Wir haben uns in Europa immer noch nicht ganz angefreundet mit dem Siegeszug der Popkultur und halten sie immer noch für die arme Verwandte der Hochkultur. Aber das ist falsch. Popkultur ist

etwas Neues, Eigenes, es ist die jeweilige Formung von Bereichen der Gesellschaft nach Regeln, die nur dem einem Gesetz folgen, dass alles möglich und erlaubt ist, was gefällt. Während die Hochkultur nach Regeln bewertet wird, die von außen gesetzt werden, gibt sich die Popkultur – und das ist das Entscheidende – ihre Regeln selbst. In diesem Sinne ist die mögliche Präsidentschaft Donald Trumps ein neues Kapitel in der Geschichte der Popkultur und damit ein neues Kapitel in der Geschichte der Demokratie.



### Zum Autor

Dr. Werner Peters



Jahrgang 1941, Studium der Altphilologie und Philosophie in Tübingen und Bonn. Nach der Promotion (1967) mehrjähriger Studienaufenthalt in den USA (mit Stationen an der Harvard Universität und am amerikanischen Kongress). Ab 1970 in Deutschland als Politikberater tätig, seit 1984 Gründer und Betreiber des Künstlerhotels Chelsea in Köln. Gründer der Gruppe „Kölner Kommunitaristen“, aus der u. a. die Kölner Freiwilligen Agentur entstanden ist. Gründer und langjähriger Vorsitzender der Partei der Nichtwähler.

Zahlreiche Veröffentlichungen in Zeitschriften und Sammelbänden vor allem zur Theorie und Praxis der Demokratie.

### Buchveröffentlichungen u. a.:

»The Existential Runner – Über die Demokratie in Amerika« (1992) (in den USA 1996 unter dem Titel „Society on the Run – A European View of Life in America“ erschienen). »Rätsel Amerika – Warum Amerikaner ganz anders sind« (2007/2009), »GENEROSITÄT – Für einen aufgeklärten Egoismus« (2013)

<http://www.hotel-chelsea.de>



Online bei uns zu bestellen:

<http://shop.humane-wirtschaft.de>  
oder per Bestellkarte hinten in dieser Ausgabe.